

schlagen beabsichtigt, auf der Londoner Konferenz erlitten hat, wohl nicht zu halten sein. Dagegen finden mehrere Angaben des genannten Blattes keine Bestätigung, darunter die, daß der wirtschaftspolitische Staatsrat in Auswärtigen Ämte, Herr B. auch, ebenfalls einen Auslandsposten erhalten und durch den holländischen Handelsminister Dr. H. m. in Erfolge werden sollte: von Krefen, die Dr. Stamm nabeziehen, wird diese Nachricht als unzureichend bezeichnet.

Die „Tägl. Rundschau“ hatte es als sehr auffällig bezeichnet, daß bei der Neubildung des Reichskabinetts an Stelle des Demokraten Koch der Sozialdemokrat Dr. G. v. B. an die Spitze des Innern ernannt worden sei, und dies wieder mit dem allgemeinen Unbehagen der demokratischen Minister erklärt, der insbesondere mit dem gegenwärtigen Reichskanzler Konflikt gehabt habe. Jetzt gibt die „Tägl. Rundschau“ eine Zuschrift aus parlamentarischen Kreisen wieder, die besagt, daß „Minister Koch dem Radikalismus des Herrn Dr. W. nicht viel nach und grundsätzlich, sogar meist mit Erfolg entgegensteht. Er befand sich dabei aber stets in voller Übereinstimmung mit den parlamentarischen Ministern, die gleich ihm Herrn W. als das die Einheit des Kabinetts stützende Element empfanden. Auch gegenüber den Sparungsversuchen des Herrn C. hat Koch, der ein positives Gegenprogramm ausgearbeitet hatte, das Kabinettsrat einstimmig auf seiner Seite, während Herr Dr. W. ziemlich allein stand. Unter diesen Umständen war es für Herrn Koch selbstverständlich, daß er in einer Regierung, die unter Führung des Herrn Dr. W. gestellt wurde, nicht bleiben konnte, und es bedurfte keiner Meinungsführung des Herrn Dr. W., um Herrn Koch aus der Ladung der Kabinetsernennung des Herrn Dr. W. seine Folgerungen ziehen zu lassen. Die Reichsregierung der Demokratischen Partei hat ihm für seine Wirksamkeit im Kabinettsrat und auch für seine Haltung gegenüber Herrn Dr. W. den Dank der Partei ausgesprochen.“

Die Befehung des Wiederaufbau-ministeriums.

Dr. Berlin, 19. Mai. Wie die „Dena“ hört, verhandelt Reichskanzler Dr. W. mit dem bekannten Großindustriellen Kommerzienrat G. u. n. h. i. m. e. r. n. von der Maschinenfabrik Augsburg-Münchener wegen Übernahme des Vorbesitzes für Wiederaufbau. Die Wahl Kommerzienrat G. u. n. h. i. m. e. r. n. für den gerade jetzt im Hinblick auf die Beziehungen zu Frankreich sehr wichtigen Posten des Wiederaufbau-ministers ist sehr zu begrüßen, da er als hervorragender Kenner der deutsch-französischen Wirtschaftsverhältnisse gelten darf und sich als Vorkämpfer der deutschen Kommission für die Wiederherstellung von Werken an die Alliierten bestens bewährt hat.

Keine Aufhebung der Sanktionen?

Eine Havasdepesche meldet: Die alliierten Sachverständigen haben sich mit überwiegender Mehrheit gegen eine Aufhebung der ersten Londoner Sanktionen ausgesprochen. In einem gewissen Grade ist der vorstehenden Havas-Meldung nicht folgende Drohung aus Paris: Vier Monate mit großer Bestimmtheit, daß der englische Delegierte bei der Interalliierten Arbeitskommission dringend nach London berufen wurde. Eine Reise zur Zeit der Verhandlung ist, die die englische Regierung nach Paris verlangt hat und die sich auf die Aufhebung der in London beschlossenen Sanktionen bezieht.

Zwei Seelen.

Zwei Seelen wohnen, gegenwärtig wieder einmal in der Brust der Mehrheitssozialdemokratie: sie möchte und sie möchte nicht mit der Deutschen Volkspartei in der Reichsregierung zusammenarbeiten. Einzelne Parteigruppen im Reich empfehlen ein solches Zusammenwirken, aber dann legt irgend eine Berliner Gruppe sicherheits einen Dämpfer gegen das Zusammengehen mit der „Einheitspartei“ auf. Dieser Tage hat nun in Magdeburg H. s. i. n. g. sich energisch für ein Zusammenarbeiten ins Zeug gesetzt und hieß bei seiner Antrittsrede, obwohl sich die Redner in der Aussprache meist gegen ihn wandten. Im Schlußwort betonte H. s. i. n. g. mit Recht, daß die Deutsche Volkspartei eine größere Gefahr sei, wenn sie außerhalb der Regierung stehe, als wenn die Sozialdemokratie mit ihr zusammenarbeite. Es gilt von ihr dasselbe, was man von der Sozialdemokratie sagt, daß sie außerhalb der Regierung hand, daß sie nämlich dann gefährlich wird, wenn sie sich schrankenlos einer verantwortungslosen Opposition hingeben kann.

Die Abrüstungsfrage.

Chicago Tribune meldet aus Washington, die Regierung habe ihren Widerstand gegen den im Senat eingebrachten Abrüstungsantrag gelassen ausgegeben, als der republikanische Senator Poincaré antwortete, daß die Republikaner sich ihres Versprechens, die Politik des Präsidenten nicht zu behindern, sehr betrachten und für den Antrag Vorschritt finden würden, wenn sie es für angebracht hielten. Wie man glaubt, habe Oberst Harney bereits mit den anderen Regierungen Prüfung genommen wegen eines internationalen Vorgehens in der Abrüstungsfrage, für das die Regierung der Vereinigten Staaten den Obersten Rat als gegebene Stelle betrachtet. Chicago Tribune teilt ferner mit, Präsident Harding habe sich mit einer Wiederannahme der Verhandlungen über die Resolution Knox vor dem Repräsentantenhaus einverstanden erklärt.

Die Entwaffnungsfrage

wird unter Leitung des Reichskanzlers im Reichsministerium des Innern behandelt. Es sind Beziehungen zwischen Bayern und dem Reich im Gange, und die Reichsregierung hofft, daß die kanonische Angelegenheit zu einem guten Ende gebracht werden kann.

Mietszuschlag in Berlin.

Der Magistrat Berlin hat beschlossen, die Höchstmietszuschläge von 20 Prozent der Ertragsbemessung auf 45 Prozent zu erhöhen. Ein Antrag, den Vermietern einen Reparaturszuschlag von 15 Prozent zu gewähren, wurde mit großer Mehrheit abgelehnt. Der Höchstmietszuschlag von 45 Prozent bedarf noch der Bestätigung durch den Oberpräsidenten.

Seitenfönderrüge.

Es geht nunmehr fest, daß die Eisenbahnerverwaltung in diesem Jahre ähnlich wie vor dem Kriege wieder Seitenfönderrüge fahren lassen wird. Der Preis für die Benutzung

dieser Züge wird für die Hinfahrt 50 Prozent betragen, los daß sich die gesamte Reize (Hin- und Rückfahrt) um 25 Prozent verbilligen wird. Die Eisenbahnerverwaltung prüft aber auch weiter die Frage, ob sich auch für die Rückfahrt eine Ermäßigung von 50 Prozent ermöglichen läßt, jedoch man dann die Seitenfönderrüge für die Hälfte des tarinierten Jahresgeldes zurücklegen könnte. Außerdem hat die Eisenbahnerverwaltung die Einführung von Sonntagsfahrkarten angedenkt.

Auslands-Rundschau.

Salzburg bleibt fest. Unter dem Eindruck einer mächtigen Volkskundgebung am Dampfab, die in einer weiteren fast einmütigen Demonstration vor der Landesregierung ihre Fortsetzung fand, beschloß der Verfassungsausschuß in einer bis 2 Uhr nachts dauernden Sitzung, am 20. Mai als Abstimmungstag festzusetzen. Die Beratungen des Klubs und des Verfassungsausschusses über die Fassung des Beschlusses verließen teilweise sehr frühzeitig. Berichtserklärer Landesrat Ch. i. t. h. o. p. (deutsch-freihheitlich) führte zum Bericht des Verfassungsausschusses u. a. aus, daß konservative Parteien des Landtages und insoweit durch äußere oder innere Ereignisse nach wie vor für den Anstoß an das Deutsche Reich einträten. Der Verfassungsausschuß sei zu folgendem Antrag, betreffend die Volksbefragung im Lande Salzburg, über den Anstoß an Deutschland gelangt: „Da die Landesregierung als Bundesbehörde durch Vorstellungen der Bundesregierung an der Durchführung der Volksbefragung am 20. Mai gehindert ist, übernehme laut der in Verfassungsausschuß abgegebenen Parteierklärungen die im Landtag vertretenen Parteien selbst die weitere Durchführung der Volksbefragung und habe hierfür einen permanenten S. o. n. d. e. r. a. s. i. c. h. u. s. an diesen Parteien beauftragt, dessen Aufgabe es ist, das Ergebnis der Volksbefragung den kompetenten Behörden zur verfassungsmäßigen Weiterleitung an den Kaiserhof und zur Kenntnis zu bringen.“ Der Antrag wurde einmütig durch Erheben von den Seiten ohne Debatte angenommen. Das Ergebnis wurde mit einem Sturm des Beifalls aufgenommen.

Die italienischen Wahlen. Bis jetzt sind folgende Wahlergebnisse bekannt geworden: In Turin verloren die Sozialisten 1 Sitz an die Populärpartei und 3 Sitze an den nationalen Block, ebenso in Parma. In Neapel nahmen die Sozialisten der Populärpartei und den Konstitutionalisten je einen Sitz. In Rom verlor die Populärpartei einen Sitz an den nationalen Block. In Venedig verloren die Sozialisten einen Sitz, in Florenz zwei und in Cuneo drei Sitze, sämtlich an den nationalen Block.

Das Londoner Arbeitsministerium rechnet für die erste Maiwoche 1 820 000 Arbeitslose, außerdem 1 005 899 Leute mit verkürzter Arbeitszeit. Dazu kommen noch 1 200 000 Bergleute, die infolge Streiks arbeitslos sind.

Halle und Umgegend.

Die Halle den 20. Mai 1921.

Städtischer Haushaltsauschuß.

Zuschüsse zur Errichtung von 333 Kleinwohnungen. — Wohnungen für Arbeiterfamilien in Köthen.

Der hiesige Haushaltsauschuß bewilligte bei der Vollzeiterneuerung 8886 M. nach und genehmigte, daß von der bereits bewilligten 12 000 000 M. eine Million M. als Baukostenzuschüsse für Kleinwohnungen bereitgestellt werden. Bis zu 5000 M. kann das Wohnungsamt verfügen, bis 20 000 M. die Unterkommission der Wohnungsdeputation im Einvernehmen mit dem Magistrat; über 20 000 M. hinaus sind Anträge der Stadtorbenerverammlung vorzulegen. Der Ausschuß stimmte zu.

Sodann wurde der Haushaltsplan der Kaiser-Wilhelm- und Kaiserin-Auguste-Viktoria-Stiftung, der mit der Schlüsselsumme von 32 600 M. eine beträchtliche Erhöhung aufweist, genehmigt und weiter zur Kontrolle des Wächters für die Stadtkasse eine Sechzahl zum Preise von 720 M. bewilligt.

Für Dachinstandhaltung der Marktkirche wurden 88 500 M. ausgemessen. Es sollen dazu zum Teil Mittel verwendet werden, die früher für Werkstättenarbeiten an der Marktkirche genehmigt waren. Die Werkstättenarbeiten drängen natürlich nicht bloß, wie die Reparaturarbeiten des Daches, insoweitgen wird die Umänderung notwendig sein. Die Errichtung der Anlagengasse wurde mitgeteilt, daß auch für die Marktkirche sich dringend Dachausbesserungen nötig machen; es wird demnach diese Vorlage eingehen.

Für den Rathausumbau, der 1911 bewilligt, aber erst 1919 ausgeführt wurde, haben sich höhere Aufwendungen entsprechend den Zeitverhältnissen nötig gemacht. Es sind noch, nachdem 21 000 M. Reichs- und Staatszuschüsse ausgezahlt sind, 15 200 M. Mehrkosten zu bedenken. Der Ausschuß stimmte zu. Ebenso bewilligte er für die Leherinnenanstellung, die Pfingstigen in Halle stattgefunden hat, eine Beihilfe von 1500 M.

Der letzte Punkt betraf die Verteilung der zum Bau von Kleinwohnungen zur Verfügung gestellten Mittel. Es kommen 333 Kleinwohnungen in Frage, die teils die Stadt, teils Baurvereine, teils private herstellen. Insgesamt macht sich eine Summe von etwa 12 Millionen Mark nötig, so daß der ganze Betrag, den die hiesigen Behörden insgesamt für zwei Jahre bewilligt hätten, schon in diesem Jahre aufgebraucht wird. Dabei wurde die interessierte Frage aufgenommen, ob Verhandlungen mit Industriellen und sonstigen Unternehmern stattgefunden haben, um sie zu Aufwendungen für Neubauten, Zuschüssen oder ähnlichem zu veranlassen und welchen Erfolg der Magistrat dabei verzeichnen kann. Vom Abgeordneten wurde die Auskunft gegeben, daß allerdings mit der Industrie Verhandlungen stattgefunden haben. Der Erfolg sei noch nicht greifbar. Es fehle noch die Form, in der man mit der Industrie zu einem Abkommen gelangen könne. Erfahrungen in dieser Hinsicht liegen noch nicht vor, doch habe sich der Magistrat mit einer Anfrage an den Stadtag gewendet, um von ihm geeignetes Material zu bekommen. Der Ausschuß gewann den Eindruck, daß auf diesem Gebiet seitens des Magistrats alles verurteilt wird, um die Wohnungsnot zu mildern. Dabei wurde auch für ein Projekt gestellt, ein vierstöckiges Bureaugebäude mit etwa 14 000 000 bis 15 000 000 M. unter Beteiligung der Stadt zu errichten, das jährliche Bureau aufnehmen kann, deren Räume dann für Wohnzwecke frei werden. Sehr bemerkenswert war die Mitteilung, daß das Bureau neu erbaut in der Errichtung von Wohnbauten ein lebhaftes Tempo entwickelt. Bis zum Herbst sollen 63 Leunaerbaue, die jetzt in Halle wohnen, in Köthen neue Wohnungen erhalten, so daß diese Wohnungen in Halle frei werden. Mehr als 60 Wohnungen wird man dann noch durch Ausnutzung der Willkürsachen auf dem Flugplatz erhalten, um die Bauausführungsgesellschaften ihren fälligen Arbeitern Wohnzwecke schaffen will. Vom Staat, im speziellen vom Wohnungsminister, liegen dafür Zuschüsse in Aussicht.

Steuererklärung und Entkommen unter 10 000 M.

Das Finanzamt Halle schreibt uns: „In der Woche sind in der letzten Zeit Artikel erschienen, die behaupten, daß Personen mit einem Einkommen von weniger als 10 000 M. eine Einkommensteuererklärung überhaupt nicht abzugeben haben. Das ist unrichtig. Nach den bestehenden gesetzlichen Vorschriften und der nach diesem ergangenen Bestimmungen sind zur Abgabe der Einkommensteuerklärungen auf Grund der öffentlichen Aufforderung alle Personen verpflichtet, die im Kalenderjahr 1920 ein Einkommen von mehr als 10 000 M. gehabt haben. Alle anderen Personen, d. h. solche mit einem Einkommen von weniger als 10 000 M. sind verpflichtet, eine Steuererklärung abzugeben, wenn sie vom Finanzamt hierzu einen Vordruck zugesandt erhalten haben.“

Somit das hiesige Finanzamt. Die Nachricht, daß Personen mit weniger als 10 000 M. Einkommen, wenn sie Angestellte oder Arbeiter sind, keine Steuererklärung abgeben brauchen, stammt aber gleichfalls aus amtlicher Quelle. Die Sache ist wieder einmal ein Beispiel für den Wirrwarr in den behördlichen Anordnungen, der gegenwärtig herrscht. Aus Gründen der Billigkeit müssen unteres Ertragens alle hier in Betracht kommenden Personen, die im begreiflichen Irrtum eine Steuererklärung unterlassen haben, strafrei bleiben.

Ein Gründungschwindler.

Die „Mitteldeutschen Arbeiter und Spirituswerke“. — Generaldirektor Sander ein Schloßgeschle.

In den letzten Jahren wurde wiederholt von großen Millionenprojekten berichtet: Errichtung von Fabriken zur Herstellung von Alkohol und Methanol aus Kohle und Kalk auf Grund einer Erfindung, die dem „Chemiker Dr. Herbert Sander“ gelungen sei. Als bald tauchten jedoch Bedenken über die technische und finanzielle Durchführbarkeit dieser großen Projekte auf. Die „Saale-Zeitung“, die sich mit dem Erfinder, Generaldirektor Dr. Sander in Belgien, wie er sich nannte, in Verbindung gesetzt hatte, war die erste, die auf den recht zweifelhaften Charakter der Gründungen hinwies. Heute gehen uns aus Wernburg, folgende ausführliche Darlegungen zu, die unsere vor Monaten geäußerten Zweifel vollstän bestätigen. Unter Mitarbeiter schreibt uns:

Hinter einem geriebenen Hochkaplan, der im allergrößten Eile zu arbeiten verband und Millionenbeträge erschwand, hat, ist von der Staatsanwaltschaft zu Wernburg der Strafbescheid erlassen worden. Es handelt sich um den am 1. Januar 1872 zu Wernburg als Sohn des Eisenbahnbauers Sander geborenen Schloßherrn Carl Albert Sander, der unter der Firma Chemiker Dr. h. h. h. Herbert Albert Sander seit Jahrzehnten vom Betrug lebt.

Im vorigen Jahre wurde in mitteldeutschen Zeitungen eifrig gemeldet für ein Projekt zum Bau einer Fabrik in Belgien bei Torgau, in der „rinkbarer Alkohol“ und Essigsäure nach einem angeblich neuen patentierten Verfahren aus Kohle und Kalk gewonnen werden sollten. Sander, der Gründer des neuen Unternehmens und angeblicher Erfinder des Verfahrens, wußte eine große Zahl von Zeitungen, ferner große Bau- und Apparatefirmen für seinen Plan zu interessieren und verbreitete ihn in mehreren Zeitungen durch eine Veranlassung, die im Oktober 1920 in Leipzig stattfand. Das von Sander beantragte Kapital von 40 Millionen Mark war nach seinen Angaben bereits zum großen Teil gesammelt und sollte sich infolge eines günstigen Verzinsens mit der Wernburger-Wohnbauvermittlung sehr hoch verheften. Sachverständigen von Sachverständigen (darunter Universitätsprofessoren), Baugeschichteten und Kohlenberechnungen von angesehenen Firmen lagen vor, indessen ergaben sich bei den Chemikern derartige technische Bedenken, daß der Leipziger Professor Kaffow gebeten wurde, die chemischen und technischen Unterlagen des Verfahrens zu prüfen. Das Resultat dieser Prüfung und einer Unterredung mit Sander war die Feststellung kaum glaubwürdiger Unstimmigkeiten und chemischer Widersprüche, sowie schließlich der Tatsache, daß Sander gar nicht Chemiker ist und den Doktorhut zu Unrecht führt. Infolgedessen räumte der Entlarvte das Feld, tauchte aber schon im Februar d. J. in Nürnberg an der Saale auf, wo er den Schwindel in der gleichen Art betrieb. Durch seine selbstgefällige Ueberredungskunst brachte er die Wernburger Arbeitererschaft, der er dauernde lohnende Beschäftigung für 800 Arbeiter, den Bau und Unterhalt eines großen modernen Krankenhauses usw. versprach, jetzt auf seine Seite. Er vermachte der Arbeitererschaft einzusetzen, daß der Ausschluß seines Planes nur Widersprüche von Seiten der Agrarier, die ihren Acker nicht als Fabrikgebäude hergeben wollten, der Spiritusverrenner und der übrigen Wernburger Industrie entgegenstünden. Die Unterfertigung, die sich Sander auf diese Weise bei der Arbeitererschaft zu sichern wußte, war so stark, daß selbst der Staatsrat für Anhalt, der von Anfang an den Schwindel durchschaute, nicht wagte, der Sache den richtigen Namen zu geben, sondern sich gezwungen sah, zur Stillsetzung für Sander (istaligen) über zum Ausgleich für die zur Fabrikherstellung angeblich erforderlichen 25 Morgen landwirtschaftlich genutzten Acker anzubieten und sich auf langwierige Verhandlungen einzulassen, bei denen Sander lebhaftig Fortschritte stellte. Unterlagen für seine Angaben aber verweigerte, weil er zweier den Acker haben wollte.

Ein Wernburger Blatt, der „Anhalter Kurier“, hängte nunmehr der Rede die Schelle um. Es stellte fest, daß alle Angaben Sanders über die Patentierung seines Verfahrens, über den angeblichen Vertrag mit dem Reichsanwaltschaftsminister usw. falsch waren, und es machte weiter darauf aufmerksam, daß „jederfalls merkwürdige Begleiterscheinungen des Gründungsverfahrens in Belgien sich auch in Nürnberg in auffälliger Weise wiederholten. Daran griff sofort die Wernburger Staatsanwaltschaft an, und Sander hielt es für ratsam, das Weite zu suchen. Aber trotzdem ihm die Strafverfolgungsbefehle auf den Fernen war, gab sein Spiel nicht auf, sondern wandte sich nach Leipzig um, wo die Vorgänge von Wernburg und Nürnberg eine dritte Auflage erfahren sollten. Dieses Beginnen wurde freilich durch den von der Wernburger Staatsanwaltschaft erlassenen Strafbefehl durchkreuzt.

Begleitet ist, daß Sander schon am die Jahresbedeutende messig wegen ähnlichen Schwindelen (damals wollte er Vermittler und Vermitteln einschleusen) und auch wegen unberechtigter Führung des Doktorhutes verurteilt worden ist, daß er aus dem Landesgebietsgebiet Berlin ausgewiesen wurde und dann nach England ging. Seine dortige Tätigkeit ist in unüberdringliches Dunkel gehüllt. Während des Krieges will er interniert und dann ausgewiesen worden sein. Nach Deutschland zurückgekehrt, begab er sich nach Wünnigen, wo er eine Reihe von Verträgen verließ hat. Während die Affären in Belgien und Nürnberg spielten, hat er wohl die größten Schwindelen verübt; einer großen Zahl von Leuten hat er erhebliche Beträge abgenommen. Der größte



